



TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik

Titel: Bürgerversicherung ist abzulehnen!

Entschließungsantrag

Von: Dr. Klaus Reinhardt als Delegierter der Ärztekammer Westfalen-Lippe
Angelika Haus als Delegierte der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Thomas Lipp als Delegierter der Sächsischen Landesärztekammer
Dr. Bernd Lücke als Delegierter der Ärztekammer Niedersachsen

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHLIESSUNG FASSEN:

Der 116. Deutsche Ärztetag 2013 lehnt die von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geplante Bürgerversicherung ab.

Begründung:

Die Bürgerversicherung löst kein einziges Problem des deutschen Gesundheitssystems und ist besonders als Antwort auf die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft ungeeignet. Eine auf Vereinheitlichung angelegte Zwangsversicherung gefährdet die Therapiefreiheit des Arztes und die Wahlfreiheit der Bürger, sie verhindert den Wettbewerb um die beste Versorgung und steht der gebotenen Transparenz im Kosten- und Leistungsgeschehen entgegen. Vor allem gefährdet die Bürgerversicherung die Nachhaltigkeit der Finanzierung durch Altersrückstellungen und die Unabhängigkeit der Leistungen vom Steueraufkommen. Die Abschaffung des dualen Systems in der heutigen Form löst nicht die Finanzierungsprobleme im Gesundheitswesen, sondern wird die Problematik noch erheblich verstärken.

Durch den Verlust an freier Berufsausübung im Rahmen einer Staatsmedizin mit entsprechenden regulierenden Maßnahmen werden die Patienten, wie auch schon durch die Patientenverbände geäußert, erhebliche Einbußen in der zurzeit noch hochwertigen medizinischen Versorgung in Deutschland erleiden.

Diese hochwertige Versorgung muss erhalten werden und darf nicht durch ungeeignete Systemveränderungen zur Disposition gestellt werden. Deshalb lehnt der 116. Deutsche Ärztetag 2013 die Bürgerversicherung ab.

Durch die Ausweitung der Umlagefinanzierung auf alle Bürger generiert die Bürgerversicherung kurzfristig ein höheres Beitragseinkommen, langfristig verschärft sie

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



allerdings so das Demografieproblem und setzt der fortlaufenden Beitragssteigerung keine wirksamen Steuerungsmechanismen entgegen. Die Umlagefinanzierung verletzt zudem das Prinzip der Generationengerechtigkeit. Die einzig gerechte Alternative ist die Bildung von Altersrückstellungen.

Die Bürgerversicherung der SPD setzt auf Ausweitung der Steuerfinanzierung unter anderem durch das Anheben der Abgeltungssteuer: Dies kann auch vor dem Hintergrund des Gebots der ausgeglichenen Haushalte ab 2016 nur eine Versorgung nach Kassenlage bedeuten.

Am Ende schafft genau die Bürgerversicherung de facto die Zwei-Klassen-Medizin, die sie angeblich beseitigen soll. Denn alle Leistungen, die nicht in der Einheitsversicherung abgedeckt werden, werden auf dem privaten Markt abgesichert. Der Systemwettbewerb in unserem bewährten Zwei-Säulen-Modell sorgt dagegen für ein hohes Leistungsniveau auch in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).